

/// Die Auswirkungen des Brexit auf die EU und ihren Zusammenhalt

GROSSBRITANNIEN SAGT „NO“ !

ANGELIKA NIEBLER /// Der Ausgang des Referendums in Großbritannien über den Brexit am 23. Juni 2016 ist eine Zäsur. Nachfolgend werden einige Überlegungen dargestellt, welche Auswirkungen der Brexit auf die weitere Entwicklung der EU und den Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten haben kann. Diese sollen zur weiteren Debatte, wohin sich die Europäische Union entwickeln könnte, anregen.

Einführung

Für das Vereinigte Königreich wie auch für die EU steht mit dem Brexit viel auf dem Spiel. Für das U.K. sind dies der Zugang zum schrankenlosen Binnenmarkt für Bürger, Waren, Dienstleistungen und Kapital, die Verlagerung des Finanzplatzes London in eine andere europäische Metropole, die Stärke des britischen Pfundes, der zu erwartende Abzug der europäischen Bankenaufsichtsbehörde und der europäischen Arzneimittelbehörde aus London, und natürlich der Austritt aus der politischen Union mit derzeit noch nicht

überschaubaren erheblichen politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen.

Aber auch die EU der 27 trifft die Referendumsentscheidung der Briten mit voller Wucht. Denn wir müssen uns in der EU27 schon kritisch fragen, warum so viele Briten und auch Bürger in anderen europäischen EU-Staaten der Europäischen Union so ablehnend gegenüberstehen. 60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 ist es Zeit zu klären, wie wir uns die Zukunft der EU vorstellen.

Gründe für das Brexit-Votum

Die Gründe der Briten, die den Brexit befürworteten, waren meines Erachtens vielseitig. Die Brexit-Befürworter warben im Wesentlichen mit dem Slogan „take back control“. Brüssel, die EU, die europäischen Institutionen, allen voran die Europäische Kommission, wurden für all das verantwortlich gemacht, was viele Bürger im U.K. verunsichert, sie kritisieren, sie nicht haben wollen. Die

Sowohl für das U.K. als auch die EU wird das Votum gravierende FOLGEN haben.



Die Briten haben sich entschieden und verlassen die Europäische Gemeinschaft.

„Brexiters“ scheuten bei ihrer Kampagne dabei auch nicht vor falschen Behauptungen, Lügen und Diffamierungen der EU-Befürworter zurück, schürten Ängste vor dem Verlust der eigenen Identität, der Arbeitsplätze, des Wohlstands und heizten damit die emotional schon sehr aufgeladene Debatte an.

Insbesondere das Thema Migration stand im Fokus des politischen Diskurses. Viele Briten fürchteten um ihren Arbeitsplatz und damit um ihren Wohlstand und ihre soziale Absicherung. Verantwortlich dafür machten sie die EU, die nach ihrer Auffassung die Zuwanderung in den britischen Arbeitsmarkt zugelassen habe.

Zu der Angst um die eigene soziale Absicherung und damit die Zukunft kam meines Erachtens das Gefühl, den europäischen Institutionen in Brüssel machtlos ausgeliefert zu sein, die Kontrolle über das eigene Land verloren zu haben. Die Vertreter der EU, gefühlt weit weg in Brüssel, „die da oben“, ver-

Die Referendumsbefürworter arbeiteten v. a. mit den **ÄNGSTEN** der Bürger.

stehen die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen nicht mehr, so die Gefühlslage, die ich im U.K. vor dem Referendum wahrgenommen habe. Zu „denen da oben“, den Etablierten, dem Establishment, zählten übrigens auch David Cameron und seine Regierung. Dass viele Entscheidungen, die die Briten kritisierten, nationale Entscheidungen waren, wurde ebenso ausgeblendet bzw. konnte in den Debatten nicht vermittelt werden, wie auch die Tatsache, dass bei fast allen Entscheidungen in Brüssel die jeweils amtierende britische Regierung mitentschieden hatte.

Wie geht es nun nach dem Austritt weiter?

Nach der Brexit-Entscheidung darf es in der EU kein „Weiter so“ geben. Denn die zuvor beschriebene Stimmungslage ist in vielen europäischen Ländern erkennbar. Populisten, die für den Austritt aus der EU werben, sind in zahlreichen Mitgliedstaaten – zum Teil sehr erfolgreich – unterwegs. Man blicke nur nach Holland oder Frankreich, zwei Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft.

Wir müssen uns daher mit den vielseitigen Gründen, die zum Brexit führten, intensiv auseinandersetzen und überdenken, wie wir die Bürger in unseren Ländern wieder für das gemeinsame Europa begeistern können. Auch müssen wir besser kommunizieren, warum diese EU so viel besser ist als ihr Ruf. Angst vor dem Verlust der eigenen Identität, dem Verlust des Arbeitsplatzes, der sozialen Absicherung, der Globalisierung, die mit einem harten, unsozialen Wettbewerb assoziiert wird, verunsichert in vielen Mitgliedstaaten die Bürger und macht es so für populistische Nationalisten einfach, gegen die Europäische Union Stimmung zu machen. Wir brauchen die EU nicht neu zu erfinden, aber wir müssen aufzeigen und klar und verständlich kommunizieren, was uns Europa bringt.

Und wie sieht die Situation in Großbritannien aus? Es bleibt ein durch und durch gespaltenes Land zurück: Nordirland und Schottland votierten mehrheitlich für den Verbleib, Engländer und Waliser waren mehrheitlich für den Brexit, die Städter stimmten mehrheitlich gegen den Brexit, Bewohner von Regionen dafür, ältere Menschen wollten den Austritt, die Jugend sah in der EU dagegen ihre Zukunft.

Das Referendum hat in Großbritannien **RISSE** hinterlassen.

Am 29. März 2017 will die britische Regierung den Austritt aus der EU gegenüber den Mitgliedstaaten im Rat erklären. Nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrages werden dann binnen zwei Jahren die Austrittsmodalitäten verhandelt, bevor zwei Jahre nach der Übermittlung der Erklärung der Austritt formal vollzogen ist.

Die EU27 hat sich gut auf die Verhandlungen vorbereitet. Mit Michel Barnier, dem früheren Binnenmarktkommissar, haben wir einen kompetenten Verhandlungsführer für die EU, der dann den Fahrplan für die Verhandlungen mit den Briten abstimmen wird. Ziel sollte sein, dass rechtzeitig vor der nächsten Europawahl im Jahr 2019 die Konditionen für den Austritt feststehen. Die Modalitäten für die künftige Zusammenarbeit zu vereinbaren, wird sicher länger als zwei Jahre dauern, so dass es wohl auch Übergangsregelungen geben muss.

Das Europäische Parlament (EP) ist formal nicht in die Verhandlungen eingebunden. Allerdings muss das EP sowohl über den Austrittsvertrag als auch über einen neuen Partnerschaftsvertrag mit dem U.K. abstimmen, so dass es die Verhandlungen kontinuierlich begleiten wird. Hinzu kommt, dass es durch den Austritt Großbritanniens auch im institutionellen Gefüge zu Veränderungen kommen wird. Dies erfordert eine enge Abstimmung zwischen dem EP, den Mitgliedstaaten und der Kommission.

Das künftige Verhältnis der EU zum U.K.

Zu Recht wird der Austritt Englands aus der EU mit einer schwierigen Scheidung verglichen. Der Scheidungsprozess beginnt aber erst nach Eingang des Austrittsgesuchs bei den Mitgliedstaaten im Rat. Dann müssen zunächst die Konditionen des Ausscheidens vereinbart werden. Welche vertraglichen Verbindlichkeiten / Zusagen gab es seitens Großbritanniens, unabhängig vom Ausscheiden aus der EU, die eingehalten werden müssen? Welche Verträge müssen gekündigt, welche Kooperationen beendet, modifiziert oder rückabgewickelt werden? Das U.K. ist als EU-Mitglied nicht nur durch die Gesetzgebung an die EU gebunden und unterliegt bis zum Austritt auch der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes, sondern ist auch an unzähligen Projekten wie den europäischen Forschungsrahmenprogrammen und Institutionen wie z. B. der Europäischen Investitionsbank (EIB) beteiligt, die (gesellschafts-)rechtlich unterschiedlich gestaltet sind und entsprechend beendet bzw. neu ausgerichtet werden müssen. Eine Herkulesaufgabe, die vor den Verhandlungsführern liegt.

In einem weiteren Schritt ist sodann die zukünftige Zusammenarbeit zu regeln. Modelle dafür gibt es zahlreiche: Man denke nur an die Zollunion mit der Türkei, die bilateralen Verträge mit der Schweiz oder eine mögliche Mitgliedschaft in der European Trade Association (EFTA). Von der britischen Premierministerin Theresa May ist zu hören, dass England ein eigenes Modell einer neuen Partnerschaft bevorzuge. Wie diese künftige Partnerschaft nach Vorstellung der Briten aussehen soll, wird sich erst in den Verhandlungen klären. Theresa May hat einen harten Brexit angekündigt: Es soll keine Zugeständnisse bei der Zuwan-

derung in den Arbeitsmarkt geben, dafür verzichtet das U.K. nach der offiziellen Linie lieber auf den Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

Was sind unsere Verhandlungslinien? Für uns muss gelten: Erstens muss jede Verhandlung darauf ausgerichtet sein, die Einheit der 27 Mitgliedstaaten zu wahren. Zweitens können Nicht-EU-Mitglieder niemals die gleichen Rechte haben wie Mitglieder der EU. Es muss einen Unterschied geben, ob ein Staat Mitglied in der „Familie EU“ ist und damit umfangreiche Rechte und Pflichten hat, oder lediglich – handelspolitisch – an die EU angebunden ist. Drittens dürfen unsere Grundpfeiler in der EU – die Akzeptanz der vier Grundfreiheiten, die Voraussetzung für den Zugang zum Binnenmarkt ist –, nicht zur Disposition stehen. Wer Zugang zum Binnenmarkt will, muss die vier Grundfreiheiten akzeptieren.

Die Zukunft der EU27

Welche Konsequenzen ziehen wir aus dem Brexit-Votum? Die Europäische Kommission hat vor wenigen Wochen ein Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vorgelegt und damit im Europäischen Parlament und in den 27 Mitgliedstaaten eine breite Debatte angestoßen, wie sich die EU weiterentwickeln könnte. Ich halte es für richtig, diese breit angelegte Debatte zu führen und gerade auch die Mitgliedstaaten,

Regelung und Ablauf des Austritts werden aufwendig und LANGWIERIG verlaufen.

die gerne jede Fehlentwicklung der Europäischen Union in die Schuhe schieben, in die Pflicht zu nehmen.

In dem Weißbuch werden fünf mögliche Szenarien skizziert, wie sich die Europäische Union bis zum Jahre 2025 weiterentwickeln könnte. Diese Szenarien reichen vom Modell „Weiter wie bisher“, über eine Konzentration auf den Binnenmarkt, weitere Schritte der Integration in bestimmten Politikfeldern, ggfs. auch in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, hin bis zu den Vereinigten Staaten der EU.

Für mich ist klar, dass es nach dem U.K.-Referendum zum Brexit kein „Weiter so wie bisher“ geben darf. Klar ist für mich auch, dass es nicht an der Zeit ist, die EU zu einem Superstaat weiter zu entwickeln. Wer dies fordert, hat die Signale nicht verstanden und ist weit weg von den Bürgern Europas. Klar ist für mich aber auch, dass die EU weit mehr ist als der Binnenmarkt. Uns Europäer verbinden unsere gemeinsame, leider oft blutige, Geschichte, unsere Kultur, unsere christlich-abendländische Prägung, unsere Werte wie Menschenrechte, Meinungs- und Religionsfreiheit, Chancengleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit.

Ich halte es daher für richtig, sich klar zu werden über die politischen Felder, in denen wir als dann EU27 nur gemeinsam erfolgreich marschieren können, gerne auch in der Weise, dass einige Mitgliedstaaten vorangehen. Ich denke an den gemeinsamen Grenz- und

Küstenschutz, den Kampf gegen den Terrorismus, den internationalen Handel, den Binnenmarkt und den Euro.

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Ich hoffe, die Mitgliedstaaten greifen den Ball von Kommissionspräsident Juncker auf und beteiligen sich konstruktiv an dieser für unsere Zukunft so wichtigen Debatte. Im Europaparlament werden wir die Diskussion intensiv weiter führen, in Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder, die hoffentlich die Vorzüge und den Frieden, den uns das großartige europäische Projekt gebracht hat, ebenso erleben werden.

Europa darf nicht der Buhmann bleiben

Seit über 70 Jahren haben wir Frieden und Freiheit in der EU. Aus der Gruppe der 6 Gründungsstaaten ist eine EU der 28 Mitgliedstaaten geworden, die in der ganzen Welt für sozialen Wohlstand steht. Die Attraktivität und Anziehungskraft der EU ist trotz aller Krisen und Herausforderungen unangefochten. Dies zeigt der Wunsch vieler Nachbarstaaten, Mitglied zu werden, und dies hat auch die Flüchtlingskrise belegt.

Ungeachtet dessen ist das Image der EU schlecht. Sicherlich ist die Kommunikation zu verbessern. Aber ebenso wichtig ist auch, dass die politischen Verantwortlichen aller Ebenen, die den Wert der EU anerkennen, dies auch öffentlich kundtun. Es würde die Akzeptanz der EU schon sehr erleichtern, wenn die Erfolge, auf die die EU heute schon mit Stolz blicken kann, auch als solche kommuniziert werden.

Das politische Gefüge der EU hat sich über Jahrzehnte entwickelt, genau wie sich auch langsam die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen herausgebildet haben. Immer wieder gab es

Die EU ist weit mehr als eine WIRTSCHAFTLICHE Gemeinschaft.

Die momentane Krise der EU bietet die Chance zur **NEUAUSRICHTUNG**.

in der Geschichte der EU Rückschritte bei der Integration – man denke nur an den Versuch, Anfang der 50er-Jahre eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu errichten, den Austritt Grönlands, den holprigen Beitritt des Vereinigten Königreichs, dem bereits zwei Jahre später ein Referendum über dessen Verbleib in der EU folgen sollte, an die vielen Vertragsrevisionen, die Diskussionen über mögliche „opt-outs“ und ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, aber auch die Referenden in Frankreich, Irland und zuletzt in den Niederlanden. Jeder Mitgliedstaat hatte und hat seine Interessen und Prioritäten. Selbst im EU-integrationsfreundlichen Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder Schranken aufgezeigt.

Ungeachtet dessen gab es jedoch seit Churchills berühmter Züricher Rede vom 19. September 1946 immer Visionen und den Willen, das Europa unserer Väter weiter zu entwickeln, und die Mitgliedstaaten weiter zu integrieren. Die Integration schritt auch stetig voran.

Vielleicht sollten wir im Brexit auch die Chance erkennen, uns über unsere eigenen Schwächen und Stärken in der EU klar zu werden und dann gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Schon mehrfach haben wir in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass wir aus Krisen lernen. Man denke nur an die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise. Der Euro wurde schon so oft für tot erklärt, ist aber immer

noch neben dem US-\$ eine Weltwährung. Den Kampf gegen den Klimawandel gehen wir in der EU beherzt an und die Energieversorgung richten wir nachhaltig aus. Die Wirtschaft erholt sich wieder, wenn auch langsam. Das Europäische Satellitennavigationssystem Galileo und das Erdbeobachtungssystem Kopernikus sind europäische Erfolgsprojekte, über die nur zu wenig gesprochen wird.

Jetzt ist es an der Zeit, sich auf das Wesentliche in der EU zu fokussieren und die Europäische Union neu auszurichten. Wir müssen allerdings kein neues Narrativ erfinden. Die Europäische Union steht für Frieden und Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Blickt man auf unsere europäischen Nachbarn und andere Regionen in der Welt, weiß man diese europäischen Errungenschaften, die uns grenzenloses Reisen, Leben und Arbeiten ermöglichen, mehr als zu schätzen. Wir brauchen in einer globalisierten Welt mehr denn je ein starkes, handlungsfähiges Europa. Daran sollten wir weiter arbeiten und dieses Narrativ sollten wir erzählen. ///



/// **PROF. DR. ANGELIKA NIEBLER,**
MDEP

ist seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2014 Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und seit November 2015 stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, Brüssel / München.